

antworten hat das Milliardengrab der frühere Post-Chef und Steuerhinterzieher Klaus Zumwinkel, der seinen Ruhestand inzwischen wahlweise am Gardasee oder in London verbringt - derweil gerade ältere Postkunden in Deutschland dankbar dafür wären, wenn der Konzern Geld in mehr und gut zu erreichende Filialen und Briefkästen investieren würde.

Die Telekom wiederum hat sich in Großbritannien in die Neseln gesetzt: Zehn Milliarden Euro hat Ex-Chef Ron Sommer für den Kauf einer Mobilfunkfirma locker gemacht. Zehn Jahre später stellen die amtierenden Telekom-Manager kleinlaut fest, dass das T-Mobile-Netz in Großbritannien nun erstmals in einem wettbewerbsfähigen Zustand sei.

Solche Fehlinvestments werden zum Beispiel bei all jenen Menschen im Odenwald nicht gut ankommen, die bislang noch verbiegend darauf warten, von der Telekom einen Internetanschluss angeboten zu bekommen. Oder bei jenen T-Kunden, die erst stundenlang in einer Warteschleife darben müssen, bis sie denn endlich zu einem Servicemitarbeiter durchdringen.

Da der Staat bei den drei Konzernen noch über Mitspracherecht verfügt, wünschte man sich öfter couragierte Auftritte von Politikern im Aufsichtsrat. Terror: Bevor die Bosse auf Einkaufstour in die große weite Welt aufbrechen, sollen sie bitte schön die Hausaufgaben im eigenen Land erledigen. Es gibt genug davon.

BERICHT AUF SEITE 6

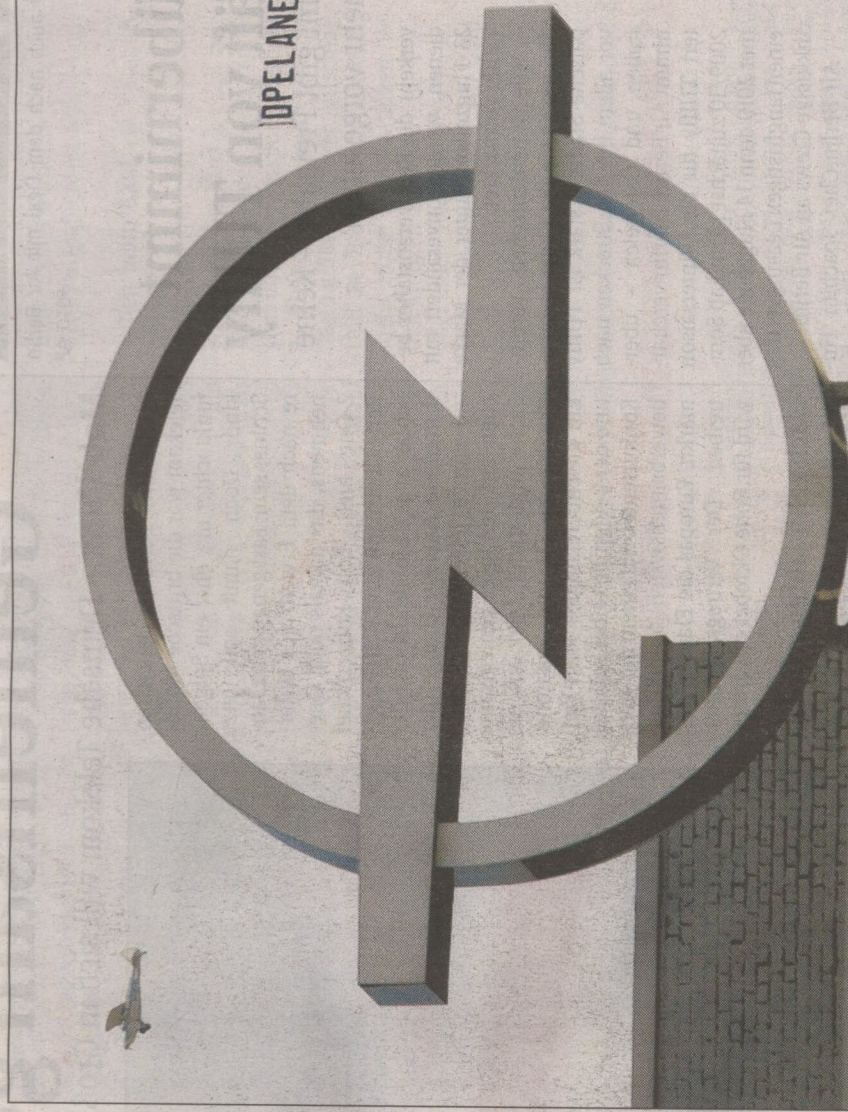
Frauen verdienen weniger als Männer

WIESBADEN. Frauen verdienen weniger als Männer. Das ist ein Faktum, das sich in fast allen Ländern bestätigt. In Deutschland liegt der Lohnunterschied bei etwa 15 Prozent. In den USA bei 20 Prozent. In Japan bei 25 Prozent. In Schweden bei 28 Prozent. In Norwegen bei 30 Prozent. In Dänemark bei 32 Prozent. In Finnland bei 35 Prozent. In Island bei 38 Prozent. In den Niederlanden bei 40 Prozent. In Belgien bei 42 Prozent. In Frankreich bei 45 Prozent. In Italien bei 48 Prozent. In Spanien bei 50 Prozent. In Griechenland bei 55 Prozent. In Portugal bei 60 Prozent. In Spanien bei 65 Prozent. In Griechenland bei 70 Prozent. In Portugal bei 75 Prozent. In Spanien bei 80 Prozent. In Griechenland bei 85 Prozent. In Portugal bei 90 Prozent. In Spanien bei 95 Prozent. In Griechenland bei 100 Prozent.

Opel - Offenbar kein Verkauf mehr geplant - Entscheidung nach der Bundestagswahl - Rüsselsheimer mit neuem Logo

RÜSSELSHEIM. Im Tauziehen um die Zukunft von Opel zeichnet sich ein Rückschlag für die Bundesregierung ab. Der US-Konzern General Motors (GM) will seine deutsche Tochter Opel nach einem Bericht des „Handelsblatts“ offenbar nicht mehr verkaufen. Vielmehr wolle GM den deutschen Autobauer mit US-Finanzmitteln sowie der Hilfe einiger europäischer Länder sanieren. Der GM-Verwaltungsrat, der voraussichtlich an diesem Mittwoch über Opel berät, werde die Entscheidung auf Anfang Oktober und damit auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben. Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg appelliert unterdessen an General Motors, noch vor der kommenden Woche beginnenden Internationalen Automobilausstellung (IAA) eine Klärung herbeizuführen. „Es wäre ein Zeichen der Verbundenheit mit Opel und auch den Beschäftigten und ihren Familien gegenüber nur fair“, sagte der CSU-Politiker.

Wie das „Handelsblatt“ unter Bezugnahme auf unternehmensnahe Kreise weiter berichtete, sind die Pläne des Autozulieferers Magna zur Übernahme einer Opel-Mehrheit im Kontrollgremium von General Motors „kolossal gescheitert“. Der befürchtete Technologietransfer nach Russland löse in den USA „enorme Störgefühle“ aus. Magna ist mit der staatlich kontrollierten Sberbank verbündet, dem größten russischen Kreditinstitut. Nach dem Zeitungsbericht sieht auch die Bundesregierung intern kaum noch Chancen dafür, dass sich der GM-Verwaltungsrat für das Magna-Konsortium ausspricht. Gut-



OPELANER! GEBT NICHT AUF.DE

Mut machen soll den Beschäftigten dieses Banner, das gestern von einem Flugzeug über das Opelwerk Bochum gezogen wurde.

Die Bundesregierung sehe derzeit keine bessere Alternative zum Konzept der Magna-Gruppe. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich zuletzt mehrfach hinter Magna als künftigen Opel-Investor gestellt. Aus Regierungskreisen in Berlin hieß es, die Befassung des GM-Verwaltungsrats mit der Entscheidung über den Verkauf des angeschlagenen Autobauers verlaugt. „Wir erleben jetzt, dass GM mit einer undurchsichtigen Strategie Zeit und Geld vergeudet, indem die endgültige Entscheidung immer wieder verschoben wird“, hieß es in einer am Dienstag in Rüsselsheim veröffentlichten Erklärung. Jede weitere Verzögerung könne Opel und die britische Schwestermarke Vauxhall wieder an den Rand einer Insolvenz bringen.

Opel plant unterdessen einen neuen Markenauftritt. Wie das Unternehmen am Dienstag bestätigte, will der Hersteller künftig mit dem Slogan „Wir leben Autos“ für sich werben. Offiziell werde der neue Auftritt in der kommenden Woche auf der IAA präsentiert. Auch ein neues Markenemblem will das Unternehmen vorstellen, mit dem der traditionelle Blitz weiterentwickelt werde. Ein Opel-Sprecher sagte, der Zeitpunkt des neuen Markenauftritts sei bewusst auf die IAA gelegt worden, weil das Unternehmen dort mit dem neuen Astra sein wichtigstes Modell vorstellen werde. Zudem wolle Opel die Sympathiewelle nutzen, von der das Unternehmen in der deutschen Öffentlichkeit seit Monaten getragen werde.

FOTO: DPA

ap/dpa